

Im Vorfeld zu den anstehenden Brexit-Verhandlungen lassen die Kontrahenten die Muskeln spielen. Die EU verweist auf die Bedeutung ihres Binnenmarktes. Das bei internationalen Investoren bisher sehr gefragte Großbritannien wirft die Möglichkeit in den Ring, mit niedrigen Steuersätzen und Deregulierung gezielt Unternehmen und Jobs anzulocken.

Die Briten wollen das Maximale herausholen. In den Brexit-Verhandlungen soll es der Marktzugang sein, bitte schön aber ohne die ungeliebte Personenfreizügigkeit. Um dies zu erreichen, beschwört man das hässliche Bild einer Steueroase direkt vor der Tür der EU herauf. Und das angesichts eines jahrelangen Kampfs in der EU darum, Schlupflöcher zu schließen. Vielleicht gehört dieses Säbelrasseln dazu, es ist dennoch bemerkenswert. Die EU hat bisher eher leise Töne gewählt und kaum Forderungen gestellt. Das ist diplomatisch und der besseren Ausgangslage für die Verhandlungen angemessen.

Man kann sich fragen, ob die britische Strategie verwerflich ist. Denn sie kann ein Wetteifern auslösen um immer niedrigere Steuersätze und immer weitreichendere Deregulierung – ein „race to the bottom“. Leidtragende eines solchen Wettlaufs wären die Bürger, weil staatliche Daseinsvorsorge aus immer geringeren Steuereinnahmen zu finanzieren wäre. Für die Verhandlungen ist aus Sicht der Europäer aber die Frage viel relevanter, wie ökonomisch erfolgreich diese Strategie eigentlich sein kann.

Hier gibt es mehrere Schwachstellen. Großbritannien wird durch den Brexit vom Insider zum Outsider – und das nicht nur im Verhältnis zur EU. Auch in den Beziehungen zu Ländern wie China, Japan oder Brasilien schrumpft das Gewicht, das Großbritannien in die Waagschale werfen kann. Gerade der europäische Binnenmarkt ist für Großbritannien von entscheidender Bedeutung: Fast die Hälfte der britischen Exporte wird in der EU verkauft.

Großbritannien ist zwar die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt. Die restliche EU ist wirtschaftlich aber annähernd fünfmal so groß. Und der vermeintliche Rettungsanker USA kappt gerade selbst seine Verflechtungen mit der Weltwirtschaft. Die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen also mit fragwürdigen Maßnahmen zu belasten und im Gegenzug Handelsbarrieren im mit Abstand wichtigsten Exportmarkt zu riskieren, ist offensichtlich nicht im britischen Interesse.

Als Outsider verliert auch der Standort – Steuern hin oder her – erheblich an Attraktivität für Investoren und Arbeitnehmer. Eine destruktive Verhandlungslinie würde nur das langfristig zu erwartende Verlagern von Arbeitsplätzen auf das europäische Festland beschleunigen.

Auch die Stellung der Londoner City als wichtiger Dienstleister für die europäische Wirtschaft und Finanzindustrie verändert die Positionen nicht grundsätzlich. Die Kapitalflüsse werden nach dem Brexit nicht einfach versiegen; der Versuch den Kapitalverkehr zu steuern, scheitert an der Mobilität von Kapital und gefährdet ernsthaft den Finanzplatz London. Gleiches gilt für Versuche, die Durchsetzbarkeit von bestehenden Verträgen nach englischem Recht zu erschweren. Hier wird es Lösungen geben. Finanzstabilität ist keine Einbahnstraße.

Hinzu kommen Großbritanniens makroökonomische Ungleichgewichte. Schwarze Zahlen schrieb der britische Schatzkanzler zuletzt vor 16 Jahren. Seit der Finanzkrise liegt das durchschnittliche Haushaltsdefizit bei über 7 % des BIP. Der Schuldenstand ist von 2007 bis

2015 um über eine Billion britischer Pfund gestiegen und hat sich damit fast verdreifacht. Inzwischen liegen die Schulden bei 90 % des BIP. Im bilateralen Handel mit der Europäischen Union weist Großbritannien ein Defizit von etwa 3,5 % des BIP aus. Insgesamt verbucht das Land seit über 30 Jahren ein chronisches Leistungsbilanzdefizit: 1985 war das letzte Jahr mit einem Überschuss.

Natürlich sind Staatsschulden in eigener Währung bei einer nationalen Geldpolitik weniger problematisch. Fragen eines Verbots monetärer Staatsfinanzierung, wie man sie sich im Euroraum stellen muss, sind hier weniger relevant. Und noch ist das Pfund eine stabile Währung. Aber das Inflationsrisiko ist gestiegen und wird dies weiter tun. Das Pfund wird zurückkehren in den Kreis der volatileren internationalen Reservewährungen. Diese Probleme werden nur größer, wenn eine Reaktion der EU auf britische Politikvorstöße folgt, was sehr wahrscheinlich wäre.

Hat Großbritannien also gar kein Druckmittel? Nicht wirklich. Aber es hat fragwürdige Verbündete in der europäischen Politik, die mit wirren Versprechungen eine viel zu große Zustimmung finden. Die politisch fragile Lage Europas ist Großbritanniens wichtigster Trumpf in den Verhandlungen. Die Europaskepsis ist so groß wie nie zuvor. Und in diesem Jahr stehen in den Niederlanden sowie den Schwergewichten Deutschland und Frankreich wichtige Wahlen an. Italien könnte hinzukommen. Gleichzeitig ist denkbar, dass die Migration nach Europa nur vorübergehend abgeklungen ist, die Griechenlandkrise wieder eskaliert, die Partnerländer an den Grenzen der EU noch stärker wanken und die transatlantischen Beziehungen schweren Zeiten entgegen gehen.

In diesem Umfeld möchte die EU weitere Krisenherde um jeden Preis vermeiden. Wie die Übereinkunft zwischen der EU und Großbritannien letztlich aussehen wird, hängt daher auch von den Wahlen auf dem Kontinent und darüber hinaus von der Entwicklung der Arbeitslosenquote in diesem Jahr ab. Es lohnt sich daher, weiter in den europäischen Zusammenhalt und in mehr europäisches Wachstum zu investieren, die leeren Versprechungen als solche zu entlarven und Alternativen anzubieten.

Die EU sollte den Briten die Tür offen halten. Es wäre töricht, ein souveränes Land für eine demokratische politische Entscheidung bestrafen zu wollen, die man sich anders gewünscht hätte. Für Angst vor leeren Drohungen besteht aber kein Anlass. Es ist glasklar, wer im Brexit-Poker das As auf der Hand hat und wer nur die Königin.

Entscheiden sich die Briten gegen die Personenfreizügigkeit, die Ausdruck der europäischen Idee und des Zusammenhalts zwischen den Völkern ist und somit nicht verhandelbar, dann kann es auch keinen Marktzugang zum Nulltarif geben. Die Europäische Union kann sich ihre gute Verhandlungsbasis nur selbst kaputt machen. Sie muss einzelstaatliche Interessen bündeln, klare Ziele und Grenzen formulieren und in den Verhandlungen mit einer Stimme sprechen.